

Rat der Stadt Witten am 06.12.2021

Haushaltsrede der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Der Auftritt einer Stadtverwaltung ist von entscheidender Bedeutung für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft. Zeigt eine Verwaltung Zuversicht in schwierigen Situationen, vermittelt sie Gestaltungswillen und Dynamik, so erhellt das auch das Stimmungsbild der Stadtgesellschaft. Traut eine Verwaltung sich zudem grundsätzlich etwas zu, lässt sie sich auf neue Herausforderungen ein, setzt das weitere unterstützende Kräfte in der Stadtgesellschaft frei. Wie agil und smart Auftritte von Stadtverwaltungen heute sein können, verdeutlicht ein Blick in die Nachbarstädte.

Die Stadtgesellschaft verändert sich rasant. Sie möchte mitgenommen werden und sich einmischen. Sie möchte sich an Prozessen beteiligen und in Entscheidungen wiederfinden. Dies erfordert innovative und kreative Ansätze im Umgang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, aber auch im Einzelfall die Bereitschaft zu unkonventionellen Lösungen. Hier sind Offenheit und Mut zum Experimentieren und zur Improvisation gefragt. Reines Verwalten und begleitendes Moderieren sind nicht das Mittel der Wahl. Oft sind es eher die kleinen unspezifischen Dinge, die zum erfolgreichen Handeln beitragen.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes 2022 fällt in eine Zeit, die massiv durch die Corona-Pandemie geprägt ist. Dies erschwert nicht nur die Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt in den politischen Gremien, sondern auch die vorlaufende Meinungsbildung in den Fraktionen und den Austausch zwischen den Fraktionen. Auch die sonstigen Rahmenbedingungen sind für eine Bewertung des Haushaltsplanes nicht gerade förderlich. So existiert bislang noch keine Anschlussregelung für den ausgelaufenen Stärkungspakt. Die Erlasslage des Landes zum Haushaltsausgleich ist mit Unsicherheiten behaftet und rechtlich angreifbar. Die Themen Überschuldung und finanzielle Altlasten sind noch keiner abschließenden Regelung zugeführt. Allerdings besteht hier endlich Grund zur Hoffnung: Die SPD-geführte neue Ampelkoalition im Bund will das Problem lösen. Der erneute Blick nach NRW ist jedoch wieder ernüchternd: Das Corona-Isolationsgesetz der CDU-geführten Landesregierung enthält ebenfalls keine Aussagen für die Zukunft, eine notwendige Klärung für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 steht noch aus. Nicht zuletzt wird in den Folgejahren auch das Thema „Grundsteuer“ die Stadtverwaltung vermehrt beschäftigen.

Unter den zuvor beschriebenen Gegebenheiten hat die Stadtverwaltung den Haushaltsplan 2022 aufgestellt. Er ist nach Aussage des Kämmerers mit Kreis und Bezirksregierung vorabgestimmt und grundsätzlich genehmigungsfähig. Aufgrund des geleisteten Aufwands bei der Erstellung des Planes bedankt sich die SPD-Fraktion vielmals bei der Verwaltung. Besonderer Dank gilt den Mitarbeitenden der jeweiligen Fachbereiche für ihren großen Einsatz, den wir anerkennen und äußerst wertschätzen.

In den weiteren Ausführungen des Kämmerers ist von einem Fortsetzungshaushalt die Rede, der durch Beschlüsse der vergangenen Jahre investiv stark vorgeprägt sei. Beispielfhaft genannt seien hier Straßen, Stadtentwicklungsprojekte und Schulen. Apropos Schulen: Noch immer wartet die Politik auf eine Fortschreibung des 2018 beschlossenen Schulsanierungspro-

gramms. Untersuchungen zur Bausubstanz und zur Wirtschaftlichkeit von Abriss/Neubau liegen vor, werden dem Rat aber nicht vermittelt oder für die Ausschussberatungen aufbereitet. In Sachen „Transparenz des Verwaltungshandelns“ und „Mitnahme von Politik“ hat die SPD-Fraktion deutlich andere Vorstellungen. Nun aber zurück zu den Ausführungen des Kämmerers.

Grundlage für die Aufstellung des Haushaltsplanes seien ferner die Begrenzung der Neuverschuldung (Kreditaufnahme), der geringere Einsatz von Fördermitteln und das Strecken von Projekten gewesen. Der Haushalt biete keine Spielräume, da es zum Beispiel keinen Wachstumspfad bei den Steuern gebe. Künftig seien Nachrangigkeiten statt Prioritäten zu definieren. Es können dann nur noch Aufgaben auf der Basis eines Rechtsanspruchs sowie Pflichtaufgaben wahrgenommen werden. So weit, so gut.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Der vorliegende Haushaltsplan 2022 ist für die SPD-Fraktion ein Dokument der Unbeweglichkeit: Solides Handwerk, jedoch wenig inspirierend und ohne klare Akzentsetzung. Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, Energiewende und Mobilitätswende werden nur fragmentarisch angegangen. Sicherlich finden sich an der einen oder anderen Stelle hierzu entsprechende Aussagen. Doch diese Themen werden nicht in der notwendigen Intensität oder mit dem gebotenen Stellenwert behandelt. Einen eigenen Antrag zur Digitalisierung haben wir angesichts der aktuellen Problemlage der Verwaltung zunächst zurückgestellt. Die von uns angedachte „Witten-App“ lässt sich allerdings auch zu einem späteren Zeitpunkt an den Start bringen. Erfahrungen anderer Städte können hier ebenfalls genutzt werden.

Die Anträge der SPD-Fraktion zeigen vor dem Hintergrund unserer Kritik nun Wege auf, wie die Stadt mit geringem Aufwand in vielen Bereichen auch in der aktuellen Situation Erfolge erzielen kann. Nachfolgend ein kurzer Streifzug durch unsere Vorschläge:

Grünkonzept, Sofortprogramm Grün und die Einrichtung von Stellen

Nachhaltige Baumaßnahmen wie das Bildungsquartier Annen werden demnächst zu einer qualitätsvollen Ausstattung mit Grün führen. Doch in der Innenstadt und in den Nebenzentren gibt es ein eklatantes Defizit in der Grünversorgung. Ein Konzept zur Durchgrünung schafft hier in Verbindung mit dem Klimaanpassungskonzept die fachliche Voraussetzung, auf gezielte Anforderungen im Einzelfall sachgerecht reagieren zu können. Ein Sofortprogramm Grün hilft zudem, Missstände frühzeitig zu beheben und die Aufenthaltsqualität vor Ort unmittelbar zu steigern. Erfahrungen der Vergangenheit belegen darüber hinaus, dass trotz politischer Beschlusslage Grünmaßnahmen aufgrund von personellen Defiziten in der Verwaltung nicht umgesetzt werden konnten. Deshalb sind hier zwei Stellen im gewerblichen Bereich für den Stellenplan 2022 vorgesehen. Leitend tätige Personen in der Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren stets betont wie wichtig es sei, nicht nur in Häuptlinge sondern auch in Indianer zu investieren. Ein Blick in den aktuellen Stellenplan verrät das Gegenteil. Die Verwaltung hat ihre Zielrichtung inzwischen völlig verändert.

Pop-up-Grün für Plätze in der Innenstadt

Die erfolgreiche Umsetzung des von uns beantragten Pop-up-Radweges an der Dortmunder

Straße verdeutlicht, dass die Stadtverwaltung durchaus flexibel reagieren und spontan handeln kann. Dass diese Reflexe vor der eigenen Haustür, auf dem Rathausplatz, nicht funktionieren, wirft allerdings Fragen auf. Da verweist die Stadt nur auf zukünftig in Anspruch zu nehmende Förderprogramme für mobiles Grün. Das reicht nicht aus, um an diesem zentralen Standort kurzfristig Abhilfe schaffen zu können. Hier sind deutlich mehr Schwung und Eigeninitiative der Verwaltung erforderlich, um das Umfeld des Rathauses auch heute schon attraktiv zu gestalten. Bisher ignoriert und missachtet die Verwaltung politische Willensbekundungen zu diesem Thema, was im Übrigen auch auf Initiativen der vor Ort handelnden Akteure zutrifft. Das muss endlich ein Ende haben.

Einführung von Bußgeld für das Falschparken von E-Scootern

Mit diesem Antrag soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, unmittelbar steuernd auf die rechtskonforme Nutzung von E-Scootern hinzuwirken. Einiges lässt sich möglicherweise über Vertragsinhalte mit den Betreibern regeln, anderes bleibt ausnahmslos der konsequenten und für die Nutzenden spürbaren Ahndung des Fehlverhaltens vorbehalten. Denn nur so lassen sich Behinderungen und Gefährdungen auch für andere Personen (in erster Linie diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind) verringern oder gar ausschließen.

Masterplan Erlebnis

Der Masterplan Erlebnis zielt insbesondere darauf ab, Witten als Marke zu etablieren. Im Sinne eines Vernetzungsprozesses soll er die Grundlage für eine Verbesserung des Wittener Images und der Sichtbarkeit unserer Stadt als Erlebnis- und Freizeitstandort erarbeiten. Eine Stadt ist nur dann spannend und interessant, wenn sie den Menschen auch ein Erlebnis bietet. Das betrifft sowohl ihre Anziehungskraft auf auswärtige Gäste als auch ihre Attraktivität für die eigene Bevölkerung. Um vor allem Zuwachs aus den Bereichen Freizeitwirtschaft, Gastronomie, Gastgewerbe, Events und Festivals zu generieren, müssen die dazu notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Das Kulturforum zeigt sich aktuell experimentierfreudig und entwickelt neue Veranstaltungsformate, die das städtische Angebot bereichern. Die Stadtverwaltung dagegen agiert hier eher abwartend und verhalten. Sie läuft Gefahr, sich von Entwicklungen im Umfeld abzukoppeln. Daher ist es sinnvoll, dass sich die verschiedenen Akteure dieses Themenfeldes abstimmen und insgesamt mit einer Perspektive und Strategie vorgehen. Hierfür ist der Masterplan Erlebnis das richtige Instrument.

Waldkindergarten an der Speckbahn

Der Waldkindergarten an der Speckbahn ist ein gelungenes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. Es ist aber auch ein Beispiel für die Frage: Warum etwas in Witten nicht geht, was in anderen Städten reibungslos funktioniert und zudem großen Anklang findet. Vielleicht fehlt es der Verwaltung an Leichtigkeit, sich auf neue innovative Ideen einzulassen und in Kooperation mit bürgerschaftlichem Engagement Projekte an den Start zu bringen. Es wäre in diesem Fall eine gute Möglichkeit, die eigene Angebotspalette im Bereich von Kindertageseinrichtungen zu erweitern und auch zu bereichern. Vorhabenträger, Betreiber und Standort sind vorhanden. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen wären zu schaffen, wenn Wille und Bereitschaft der Verwaltung hierzu ebenfalls vorhanden wären. Die Ansiedlung einer Kindertageseinrichtung in der Bahnhofstraße ist an der wenig wertschätzenden und für alle Beteiligten überraschenden Kehrtwende der Stadtverwaltung gescheitert. Jetzt hat die Verwaltung erneut die Chance, einen außergewöhnlichen Standort mit Alleinstellungsmerkmal als Kindertageseinrichtung zu entwickeln.

Erhöhung des Zuschusses für das Kulturforum

Die Kultur bereichert unser Leben, sie bildet und unterhält. Eine Stadt ohne kulturelle Angebote ist eine tote Stadt. Um den weiteren Verzehr des Eigenkapitals des Kulturforums aufzuhalten, ist die Erhöhung des städtischen Zuschusses dringend erforderlich. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Nicht unerwähnt bleiben sollte an dieser Stelle, welche hervorragende Arbeit die Vorständin des Kulturforums hier leistet. Wir wünschen uns, dass ihr kreativer Geist und ihr Mut zur Veränderung, ihre Innovationsbereitschaft und ihr ausgeprägter Gestaltungswille auch in schwierigen Zeiten als Funken auf die Stadtverwaltung überspringen.

Freiwillige Feuerwehren Buchholz und Herbede

Die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren Buchholz und Herbede entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Bausubstanz und technische Gebäudeausrüstung sind in die Jahre gekommen, der vorhandene Investitionsstau ist unverkennbar. Aber auch die Strukturen und Funktionen der beiden Feuerwehren sind dem heutigen Bedarf entsprechend zu überprüfen und anzupassen. Es sind intelligente Lösungen gefragt, die mit den dazu notwendigen Mitteln für Planungsleistungen im Haushalt abgebildet werden sollen. Diese finanziellen Mittel könnten dann im Rahmen des neuen Brandschutzbedarfsplanes für die Untersuchung der besten Zukunftsperspektive der Freiwilligen Feuerwehren Buchholz und Herbede verwendet werden.

Gründung eines Wirtschaftsbeirates

Die Gründung eines Wirtschaftsbeirates verfolgt das Ziel, ein schlagkräftiges „Wittener Bündnis zur Zukunft der Arbeit“ einzurichten. Wie können in unserer Stadt gute Arbeitsverhältnisse erhalten und geschaffen werden, gerade auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit? Um auf diese Frage gute Antworten zu erhalten, müssen die verschiedenen Interessengruppen aus der Arbeitswelt und die Kommunalpolitik besser zusammenarbeiten und relevante Gruppen in den Prozess mit einbeziehen. Neben den Gewerkschaften, der IHK, der Handwerkskammer und den Unternehmerverbänden gehören auch Akteure aus dem Projekt „Global nachhaltige Kommune“ sowie wissenschaftlich Tätige von Hochschulen und Universitäten aus der Stadt und der Region dazu. Um die Stadt für die Zukunft zu rüsten, dabei die finanzielle Situation zu verbessern sowie nicht zuletzt Klima und Umwelt zu schützen, benötigt die Verwaltung dringend Impulse von außen. Aus eigenem Antrieb kommt hier nach unserer Einschätzung zu wenig.

Präventionskonzept für den Bereich Ardeystraße/Annenstraße

Im Bereich Ardeystraße/Annenstraße fühlen sich die dort lebenden Menschen zunehmend unsicher. Das belegen Presseberichte ebenso wie die Erfahrungen des Runden Tisches, an dem sich engagierte Personen aus dem genannten Bereich ehrenamtlich gemeinsam mit sozialen Trägern für ein besseres Zusammenleben einsetzen. Auch wenn erfolgreich Verbesserungen angeschoben werden konnten, ist zur Lösung sämtlicher Probleme professionelle Unterstützung notwendig. Es besteht unmittelbar Handlungsbedarf, um eine Eskalation der Situation zu verhindern. Daher soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, mit den vor Ort engagierten Trägern in einen Austausch zu treten, um den Bedarf für Maßnahmen zur Gewaltprävention

zu ermitteln und gegebenenfalls ein entsprechendes Konzept zu erstellen. Nur wenn die Verunsicherung in der Anwohnerschaft im Bereich Ardeystraße/Annenstraße wieder abnimmt, kann ein harmonisches Miteinander entstehen und sich die Situation wieder entspannen.

Inklusionskonzept für die Sportinfrastruktur

Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist in Witten noch nicht uneingeschränkt möglich. Teamgeist, Toleranz und fairer Wettbewerb sind sportliche Werte, die es ermöglichen, Inklusion spielerisch umzusetzen. Daher ist es dringend geboten, Sportvereine zu unterstützen, die inklusiven Sport anbieten möchten. Andererseits soll auch ein Gesamtkonzept mit einem Maßnahmenkatalog für den inklusiven Sport entwickelt werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass bei Bedarf bauliche Veränderungen vorgenommen werden, damit Menschen mit Behinderung Zugang zu Sport- und Erholungsstätten haben und gleichberechtigt mit anderen Menschen an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können. Zu diesem Zweck soll die Verwaltung den Auftrag erhalten, mit den vor Ort engagierten Trägern in einen Austausch zu treten, um den weiteren Bedarf für Maßnahmen zur Inklusion im Bereich der Sportinfrastruktur zu ermitteln, gegebenenfalls Fördermittel auszuschöpfen und den begonnenen Inklusionsprozess weiter voranzutreiben.

Ergänzend haben wir zudem Überlegungen zur Einrichtung eines Pumptracks als Gesundheitsparcours angestellt. Wegen aktuell fehlender Realisierungschancen in der Stadtverwaltung haben wir dieses Thema jedoch vorerst zurückgestellt. Auch hier wird wieder deutlich: Eine moderne Verwaltung sollte sich der Aufgabe widmen, Lösungswege aufzuzeigen und damit Projekte ermöglichen. Sofern der notwendige Wille vorhanden ist, lässt sich immer auch etwas bewegen. Ausbremsen und Verhindern entsprechen nicht mehr dem Zeitgeist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Was bedeutet das zuvor Dargestellte nun für das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion: Zustimmung oder Ablehnung? Um es kurz zu machen: Wir werden dem Haushaltsplan 2022 zustimmen. Das ist jedoch kein Votum für die Verwaltungsspitze, sondern ein klares Bekenntnis zu unserer Stadt. Witten ist größer als diese Stadtverwaltung. Unser Nein zum Haushalt würde die Menschen in unserer Stadt noch mehr treffen. Doch sie erwarten frischen Wind vom Führungspersonal ihrer Verwaltung und ein Zeichen des Aufbruchs. Sie benötigen keine Botschaft des Verfalls, gerade in der heutigen Zeit. Potenziale können sich nur entfalten, wenn ihnen auch Freiräume gewährt werden. Vielleicht gelingt es den Verantwortlichen in der Verwaltung ja einmal, Visionen zu entwickeln und die Stadt nach vorne zu bringen. Die Menschen vor Ort haben es nicht nur verdient, sie haben auch einen Anspruch darauf. Politik muss aufpassen, sich nicht von der Trägheit anstecken zu lassen. Die Anträge der SPD-Fraktion zeigen auf, dass mit vielen kleinen Maßnahmen gezielt Verbesserungen erreicht werden können: Zum Wohl der Stadt und der hier lebenden Menschen. Das setzt allerdings voraus, dass es für unsere Anträge heute im Rat Mehrheiten gibt und, dass sie anschließend auch umgesetzt werden. Wie eingangs schon gesagt, der Auftritt einer Stadtverwaltung ist entscheidend.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

gez.

Dr. Uwe Rath